

Rede

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

Medienpolitische Tagung von ver.di und DGB „Wegen Umbau geöffnet! Argumente für eine Reform der öffentlich-rechtlichen Medien“

am 6. Februar 2020 in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich begrüße Sie und Euch herzlich zu unserer medienpolitischen Tagung. Wir haben ihr den Titel gegeben „Wegen Umbau geöffnet!“

Warum der Umbau bei ARD, ZDF und Deutschlandradio bei laufendem Betrieb über die Bühne gehen muss, liegt auf der Hand: Die Beitragszahlerinnen und –zahler wollen ohne Pause informiert und unterhalten werden. Die politisch Verantwortlichen formulieren weiter ihre Ansprüche und Vorgaben. Und dann haben wir noch kein Wort verloren über kommerzielle Wettbewerber, Digitalkonzerne und die technologische Entwicklung.

Im zweiten Teil unseres Titels heißt es: „Argumente für eine Reform der öffentlich-rechtlichen Medien“. Nun gehört das Wort „Reform“ zu jenen, die oft missbraucht werden. Für mich heißt „Reform“ aber immer, dass etwas besser wird. Von diesem Anspruch möchte ich auch jetzt nicht abrücken, in einer Zeit, in der es die Öffentlich-rechtlichen nicht leicht haben.

Vielleicht ist das auch genau die richtige Zeit für Reformen! Das hängt zum Teil davon ab, ob die öffentlich-rechtlichen Medien ihre neue Rolle akzeptieren können: nicht nur zu senden, sondern auch Ideen, Wünsche und Kritik von den Beitragszahler*innen zu empfangen. Aber auch diejenigen sind gefragt, die wir oft als DIE Medienpolitik oder DIE Zivilgesellschaft bezeichnen.

Lassen Sie mich das Wichtigste in fünf Thesen zusammenfassen.

These 1: Qualität hat ihren Preis.

Keine Sorge, ich steige jetzt nicht in die Tiefen der Beitragsdiskussion ein. Mir geht es um Grundsätzliches: Öffentlich-rechtliche Medien müssen in allen Bereichen Qualität liefern – in Information, Bildung und Unterhaltung. Das machen sie auch in einem Ausmaß, über das wir froh sein können und um das uns viele andere Länder beneiden. Damit das so bleibt, müssen wir auf Bedingungen und Strukturen achten, die Qualität möglich machen.

Als Beispiel der Blick auf die Schlagzeilen eines gängigen Online-Portals: „Wer im Dschungel am meisten abnahm“/„Virus: Deutsche kaufen mehr Mundschutz“/„Frau stirbt bei Kuchen-wettessen“. Vor allem kommerzielle Online-Medien leben von Personalisierung, Emotionalisierung und Zuspitzung. Im „Kampf um die Aufmerksamkeit“ (und um Werbeeinnahmen) müssen sie die Nutzerinnen und Nutzer möglichst lange auf ihren Seiten halten.

Auch öffentlich-rechtliche Medien können sich in crossmedialen Zeiten nicht gänzlich von diesen Trends freimachen. Aber sie müssen den Gesetzen des Marktes auch nicht blind folgen, schließlich haben sie unsere Beiträge im Rücken. Das ist die Idee staatsferner, beitrags-finanzierter Medien. Mit unseren Beiträgen lässt sich zum Beispiel „Zeit kaufen“: Zeit für eine Auslands-Korrespondentin, die genau weiß, wen sie wann anrufen muss, um mehr zu erfahren. Zeit für eine zweite oder dritte Quelle, die eine Information wirklich wasserdicht macht. Zeit für Ideen, wer vielleicht eine neue Perspektive ins Thema einbringen könnte. Am Ende kommt dabei fast zwangsläufig mehr Qualität heraus. Und wenn ein kommerzieller Wettbewerber ein paar Minuten schneller war? Na und, könnten die Öffentlich-Rechtlichen selbstbewusst sagen: Wir sind die „Extra-Meile“ gegangen und können Hintergründe erklären!

Das gilt natürlich auch für Online-Medien. Zum Glück scheinen die Zeiten vorbei zu sein, in denen die Vorstellung herrschte, Online könne nebenbei erledigt werden. Heute ist weitgehend Konsens: Online ist ein eigenes Format, hat

häufig andere Zielgruppen, braucht eine eigene Sprache, hat eigene Ausdrucksformen und Formate. Online macht man oder frau nicht nebenbei. Und deshalb gibt es auch keinen Grund, Beschäftigte im Online-Bereich schlechter zu bezahlen!

Das führt mich zu

These 2: Mehr Vielfalt wagen.

Die öffentlich-rechtlichen Medien sind verpflichtet, die Vielfalt unserer Gesellschaft zu zeigen. Sie tun das auch, aber es gibt noch viel Luft nach oben! Damit meine ich nicht nur die Besetzungs-Strategien abendlicher Fernseh-Talkshows. Meistens bleibt dort die Politik unter sich: Wer hat wem vors Schienbein getreten? Wer wurde politisch beschädigt und wie lange hält die Koalition noch? Das scheinen oft die einzig spannenden Fragen zu sein. Wenn's hoch kommt, hockt dazwischen ein Quoten-Betroffener. Es wäre doch viel spannender, über das Ziel einer geplanten REFORM zu diskutieren (wir erinnern uns!) und wie sie das Leben der Bürger*innen verbessern soll.

In letzter Zeit machen sich viele Menschen Gedanken über unsere Demokratie. Die Anlässe sind oft unschön oder hässlich, unsere Staatsform ist es nicht. Sie lebt von der Vielfalt der Menschen, Gruppen und Organisationen. Sie tauschen Argumente aus, streiten sich, finden aber meistens Kompromisse und Lösungen. Das alles möchte ich als Zuschauerin, Hörerin oder Nutzerin nachvollziehen können – mit Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Medien. Aber bitte sauber getrennt in Nachricht, Hintergrund und Kommentar.

These 3: Den Zuschauer*innen auf Augenhöhe begegnen.

Zum Glück sind die Zeiten vorbei, in denen die öffentlich-rechtlichen Sender gesendet und das Publikum empfangen hat. War damals der Ärger über ein Produkt mal groß, schrieb „das Publikum“ einen Brief. Wenige Wochen später kam dann meist ein Brief mit der Antwort.

Heute haben wir ein duales Mediensystem und weltumspannende digitale Netzwerke. Wir können uns minütlich zu Wort melden. In dieser interaktiven Medienwelt müssen sich auch die Öffentlich-Rechtlichen öffnen: Sie müssen ihren „Nutzerinnen und Nutzern“ auf Augenhöhe begegnen und den Austausch mit ihnen suchen. Sie müssen den Mehrwert ihrer Arbeit für die Gesellschaft erklären, belegen und sich auch von außen bewerten lassen. Hier liegt ein Blick nach Österreich und in die Schweiz nahe, aber mit Konrad Mitschka und Roger de Weck (französische Aussprache) haben wir Gäste gewinnen können, die uns das gleich viel besser erklären können.

Ich belasse ich es an dieser Stelle mit einer klassischen gewerkschaftlichen Anmerkung: Für die Kommunikation der Sender mit ihrem Publikum gilt dasselbe wie für Online: Es lässt sich nicht nebenbei erledigen. Die Kolleginnen und Kollegen in den Zuschauerredaktionen werden oft mit unsachlichen, beleidigenden und aggressiven E-Mails und Anrufen konfrontiert. Ihr Arbeitsalltag muss so gestaltet werden, dass sie trotzdem nachts gut schlafen können und bei Bedarf auch psychologische Unterstützung bereit steht. Sonst entsteht bei ihnen der Eindruck, von böswilligen und unflätigen Zuschauer*innen umzingelt zu sein. Das macht eine professionelle freundliche Kommunikation mit dem Publikum unmöglich, die im heutigen Medienzeitalter absolut notwendig ist.

Außerdem sollte das Publikum viel stärker in Entscheidungen eingebunden werden. Die Senderverantwortlichen könnten die Beitragszahler*innen z.B. bei Entscheidungen von größerer Tragweite in Online-Konsultationen beteiligen. So

könnten sie mitreden und mitentscheiden, bevor Entscheidungen fallen. Gegenüber dem aktuellen Zustand, der allenfalls Fragen und Kritik zum Programm zulässt, wäre das ein enormer Fortschritt.

These 4: Öffentlich-rechtliche müssen mehr kooperieren

ARD und ZDF haben gemeinsam das Online-Angebot „funk“ (deutsche Aussprache) für junge Nutzer*innen entwickelt. Sie haben ihre Mediatheken verbunden. Das sind zwei gute Beispiele, wie öffentlich-rechtliche Kooperation funktionieren kann – vorausgesetzt der Gesetzgeber lässt es zu.

Ich rede keinem Einheitsbrei das Wort, ich möchte journalistischen und programmlichen Wettbewerb zwischen den öffentlich-rechtlichen Anbietern. Aber die Beispiele „funk“ und Mediathek zeigen, dass es strukturelle, langfristige Herausforderungen gibt, die gemeinsam angegangen werden sollten. Dazu zählen zweifellos die Attraktivität für junge Menschen und der Wettbewerb mit kommerziellen Medienplattformen.

Mit dem so genannten Generationenabriss haben alle Öffentlich-rechtlichen zu kämpfen. Es wäre grotesk, würden ARD und ZDF getrennt und in geheimer Mission nach Wegen suchen, für junge Menschen wieder attraktiver zu werden. Für diese strategische Aufgabe gilt es die Kräfte zu bündeln. Alles andere ließe die Beitragszahler*innen wahrscheinlich verständnislos und ärgerlich zurück.

Gleiches gilt für die Mediatheken: Als Zuschauerin muss ich nicht wissen, ob „Bad Banks“ in der ARD oder im ZDF läuft, ich muss diese Serie einfach nur schnell finden. Im besten Fall erlebe ich dann ein Produkt, das ich so nicht bei den kommerziellen Wettbewerbern finden würde – weil es eine einzigartige Mischung aus Bildung und Unterhaltung bietet.

Lassen Sie mich zu meinem letzten Punkt kommen:

These 5: Die öffentlich-rechtlichen brauchen Rückendeckung.

Ich erspare Ihnen und Euch einen Exkurs über den Zustand der Medienpolitik. Nur so viel: Die jahrelange Diskussion der Ministerpräsidentinnen und –präsidenten um die künftige finanzielle Ausstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist ein Armutszeugnis. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Standortinteressen und anstehende Landtagswahlen wichtiger sind als die Zukunft der Öffentlich-Rechtlichen selbst.

Wirtschaftslenker fordern gerne Planungssicherheit ein. Aber auch die Öffentlich-rechtlichen brauchen Planungssicherheit! Und zwar mit Beiträgen auf einem Niveau, das ihnen Entwicklungschancen auf allen Auspielwegen einräumt. Außerdem brauchen die Mitarbeiter*innen gute Arbeitsbedingungen, denn ohne sie ist gutes Programm nicht zu haben.

Um demokratische Werte bewahren, aber auch alle Potenziale ausschöpfen zu können, brauchen die Öffentlich-Rechtlichen aber auch möglichst viele kritische Begleiter*innen aus der Zivilgesellschaft. Die Politik soll nicht allein bestimmen. Ich weiß, dass es in vielen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen diese kritischen Begleiter*innen gibt.

Der eine oder die andere Intendantin mag manchmal genervt sein von öffentlichen Forderungen, etwa nach mehr Transparenz und Mitsprache. Aber die meisten dieser Forderungen sind von dem konstruktiven Willen getragen, das öffentlich-rechtliche System zu verbessern – im Sinne einer echten Reform! In diesem Sinne wünsche ich uns eine erfolgreiche Konferenz.